

Der rote Hammel

Februar 2020



Gute KiTas brauchen wir

Im Rahmen des „Gute-KiTa-Gesetzes“ werden rund 729 Millionen Euro nach Baden-Württemberg fließen. Die Landesregierung hat entschieden, dass das Geld ausschließlich in die Qualitätsverbesserung fließen soll. Dazu wurde das „Forum frühkindliche Bildung Baden-Württemberg“ ins Leben gerufen, das erst einmal evaluieren soll, wie die Qualität verbessert werden kann. Es mag sinnvoll sein, um qualitative Maßnahmen in der frühen Bildung langfristig wissenschaftlich fundiert und begleitet auszubauen. Die Gelder des „Gute-KiTa-Gesetzes“ stehen aber seit Herbst 2019 zur Verfügung und es gibt vermutlich keine Kommune, in der es nicht auch kurzfristig etwas zu verbessern gibt. Die Gemeinde Tamm will erst einmal abwarten, was das Land beschließt. Dabei wüsste das pädagogi-

sche Personal der Tammer KiTas sicherlich, was hier vor Ort nötig wäre, um die Qualität ihrer Arbeit weiter zu verbessern. Auch wenn die Gemeinde nach jetzigem Stand nicht selbstständig Gelder beantragen und ausgeben kann: Sie sollte ein Interesse daran haben, was die pädagogischen Fachkräfte für notwendig halten und dies dem Land mitteilen. Nur wenn Forderungen formuliert werden, haben andere die Möglichkeit, sie auch zu hören.

Foto: colourbox



Herausforderung Wohnraum

Eine sehr große Herausforderung im Ballungsraum Stuttgart und damit auch in Tamm ist das Thema Wohnen. Alleine bis 2025 werden in Baden-Württemberg bis zu 500.000 neue Wohnungen benötigt. Besonders hoch ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Wenn es um bezahlbaren Wohnraum in unserem Ballungszentrum geht, betrifft das längst nicht mehr nur eine Klientel ohne starke Lobby, wie Obdachlose, Geflüchtete, oder Arbeitslose. Tatsächlich ist das Thema in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Bezahlbare Wohnungen fehlen auch für Studierende, Auszubildende, Alleinerziehende und junge Familien.



Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass dies im Spannungsverhältnis zur Erhaltung von Freiflächen steht. Wir treten deshalb dafür ein, dass wir nur Schritt für Schritt neue Baugebiete entwickeln. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass neue Baugebiete immer auch weitere Kitas, Schulen, Freizeiteinrichtungen, Verkehr etc. bedeuten. Die Tammer Infrastruktur ist in vielen Berei-

chen bereits jetzt an der Grenze. Für uns sind deshalb nur Baugebiete mit einer ausgewogenen Bebauung akzeptabel. Baugebiete, in denen überwiegend Einfamilienhäuser entstehen sollen, sind nach dem heutigen Kenntnisstand ebenso abzulehnen wie hochverdichtete Gebiete mit Geschosswohnungsbau. Wir wollen eine gute Mischung, und wir wollen insbesondere, dass mindestens 25% der Flächen in Baugebieten für bezahlbares Wohnen verbindlich vorgesehen wird.

Nur in einem Land mit starken Kommunen kann die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vor Ort gelingen. Viele Kommunen scheitern aus rein haushälterischen

Gründen daran, Vorkaufsrechte auszuüben oder Baulücken zu erwerben. Die gute finanzielle Ausstattung von Kommunen und die Weitergabe von vom Bund für die Kommunen vorgesehen Geldern ohne Vorwegabzüge sind darum ein struktureller Bestandteil einer aktiven Wohnraumpolitik.

Die Kommunen wollen wir bei einer am langfristigen Bedarf

orientierten Bauflächenpolitik unterstützen. Hierzu gehört für uns ein Vorkaufsrecht im Sinne des Allgemeinwohls und eine stärkere Durchmischung von Neubaugebieten mit Einfamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern.

Die Landesbauordnung ist eine zentrale Steuerungsmöglichkeit, um die Wohnraumoffensive ökologisch und bevölkerungsorientiert zu gestalten. Viele



Regelungen in der Landesbauordnung erschweren allerdings eine zügige Bebauung und dies ist gerade bei der rasanten Entwicklung der Baupreise kontraproduktiv.. Die Landesbauordnung muss deshalb überprüft werden, auf welche Einzelpunkte verzichtet werden kann bzw. welche sinnvollen aber nicht ordnungsrechtlich notwendigen Maßnahmen auch über eine finanzielle Förderung stärker in den Wohnungsbau eingebracht werden können. Generell wird es darum gehen müssen bürokratische Hemmnisse und komplizierte Genehmigungsverfahren zu vereinfachen.

Den Kommunen müssen zudem mehr Möglichkeiten der Steuerung von Wohnungsbau vor Ort an die Hand gegeben werden. Sie sollen selbst in ihren Gremien die Anteile des sozialen Wohnungsbaus selbst festlegen können und dies nicht nur bei Neuausweisung von Wohngebieten, sondern auch bei größeren Wohnprojekten innerorts. Auch sollte ein kommunales Vorkaufsrecht, befreit von der Grunderwerbssteuer, geprüft werden.

Das Land sollte Träger des sozialen Wohnungsbaus durch -direkte Zuschüsse pro gebautem Quadratmeter beim sozialen Wohnungsbau unterstützen. Für Kommunen und kommunale Wohnungsbauunternehmen muss diese Förderung in ausreichendem Umfang, etwa im Rahmen der Erhöhung der Mittel auf 500 Millionen Euro, stattfinden, damit eine deutliche Wirkung landesweit erzielbar ist.

Auf kommunaler Ebene sollte auf eine Konzept- statt auf eine Höchstpreisvergabe bei Grundstücksverkäufen geachtet werden. Es darf nicht sein, dass kommunale Grundstücke nur an den Höchstbietenden veräußert werden. ■

„Nichts ohne uns über uns“

Zur Schaffung eines Inklusionsbeirates in Tamm

In Politik und Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren die Wahrnehmung beeinträchtigter Menschen glücklicherweise positiv verändert. Das Miteinander von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen wird zwischenzeitlich von vielen als Bereicherung erlebt.

Die UN-Behindertenrechtskonvention gibt hierbei den gesetzlichen Rahmen vor, bei einer menschengerechten Gestaltung von Staat und Gesellschaft die Menschen mit Beeinträchtigungen besonders in den Blick zu nehmen, damit sie in gleicher Weise wie alle anderen teilhaben können.

Inklusion bedeutet für uns hierbei: alle Lebensbereiche an die vielfältigen und unterschiedlichen Bedürfnisse von Menschen so anzupassen, dass die Unterscheidung Beeinträchtigung ja oder nein - zukünftig keine Rolle mehr spielt.

Dafür muss unsere Umwelt so gestaltet werden, dass auch beeinträchtigte Menschen von Beginn an mit ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten am alltäglichen Leben teilhaben können. Es geht dabei um gleiche Chancen und um Selbstbestimmung der Menschen.

Aber: Inklusion muss vor Ort, in den Städten und Gemeinden, als unmittelbares Lebensumfeld der Menschen konkret umgesetzt und mit Leben gefüllt werden. Jeder muss hierbei in seinem Wirkungskreis Verantwortung übernehmen. Gelingen kann Inklusion aber nur dann, wenn die Betroffenen gefragt werden, ihnen



zugehört wird und auch Strukturen geschaffen werden, die Menschen aktiv an Veränderungsprozessen zu beteiligen. Deshalb hat die SPD Fraktion im Herbst letzten Jahres beantragt, einen Inklusionsbeirat in Tamm einzurichten.

Tamm – ein Eldorado für Gehwegparker und -fahrer

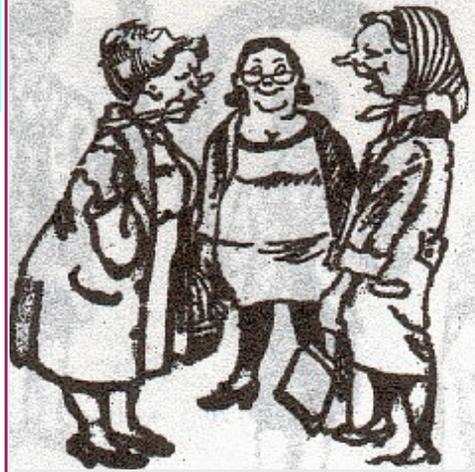
Wenn man in Tamm zu Fuß unterwegs ist, fällt auf, dass immer öfter auf Gehwegen geparkt und über Gehwege gefahren wird. Abgesenkte Bordsteine sind auch sinnbildlich für abgesenkte Hemmschwellen. Die Liste der Straßen, auf denen bei Gegenverkehr auf die Gehwege ausgewichen und einfach darauf geparkt wird, ist lang. Angefangen bei der Alleenstraße über die Friedrichstraße bis hin zur Hauptstraße.

Beides sind Verstöße gegen die StVO und werden normalerweise entsprechend geahndet. In Tamm hat man den Eindruck, das geschieht zu wenig, beziehungsweise gar nicht. Das wird wohl auch der Grund sein, warum diese Ordnungswidrigkeiten zugenommen haben.

Fahren und parken auf dem Rathausplatz mit Kraftfahrzeugen ist ganz selbstverständlich geworden. Auch der Posteinwurf



„Dua, hoschd gheerd, Tamm soll Stadt wärda?“



„Ond no kê i wiedr en Tamm Eikaufa? Odr muschd dann emmr no zom Breuni?“

am Rathaus wird einem so erheblich erleichtert. Hierzu fährt der ein oder andere mit seinem Auto gerne direkt an den Briefkasten, um seine Korrespondenz einzuwerfen. Selbst wenn man im Rathaus etwas zu erledigen hat parkt man einfach direkt davor. Warum so weit laufen?

Dass der Rathausplatz eigentlich ein Fußgängerbereich ist, wird hier völlig außer Acht gelassen und die Gefährdung der Fußgänger, sowie von spielenden Kindern (im Sommer beispielsweise am Springbrunnen), wird billigend in Kauf genommen. Auf vielen Gehwegflächen wird geparkt, nur um „kurz“ etwas einzukaufen oder bei der Bank Geld zu holen.

So lädt die „Ortsmitte“ nicht gerade zum Verweilen ein.

Kommentar**Bürgerbeteiligung – aber richtig**

Mehr Bürgerbeteiligung ist der SPD nicht nur im Land wichtig, sondern auch wir hier in Tamm wollen, dass die BürgerInnen mit ihrem Wissen und ihren Interessen mehr Gelegenheit bekommen, sich in die Planung der Zukunft unserer Gemeinde einzubringen. Deshalb sind Veranstaltungen wie der Bürgerworkshop, der am 26.10.2019 in der neuen Mensa der Realschule stattfand, ein gutes Zeichen für BürgerInnen, die sich beteiligen wollen. Die Menge der Anwesenden zeigt, dass es viele gibt, die das tun möchten. Nun gilt es allerdings, das Interesse und Engagement der BürgerInnen auch zu nutzen und sie sich aktiv beteiligen zu lassen. Denn nach der letzten Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung vor acht Jahren verliefen die gebildeten Arbeitsgruppen trotz Nachfragen im Sande. Die Enttäuschung darüber kam auch bei der Bürgerwerkstatt im Oktober zum Vorschein, gepaart mit der Sorge, dass auch diese Veranstaltung eine einmalige Sache bleiben könnte.

Der bereits seit fast zwei Jahren zugesagte runde Tisch zu Bildung und Betreuung der Kinder hat noch nicht stattgefunden, obwohl in diesem Bereich viele Aufgaben bewältigt werden müssen. Ein offener Austausch wäre hier für alle Beteiligten wesentlich, um wertschätzend an einem Strang ziehen zu können. Denn Bürgerbeteiligung bedeutet nicht, dass Bürger alle paar Jahre eingeladen werden, Wünsche zu äußern. Sie bedeutet, dass im Dialog Probleme benannt, Strategien gefunden und Ziele erreicht werden.

Maya Stockmeier



Was hat Tamm für Jugendliche zu bieten?

Was ist gut und wo gibt es Verbesserungsbedarf? Ein Gespräch mit meiner 16jährigen Tochter.

F: Wie findest du eigentlich Tamm?

A: Eigentlich ganz gut, mit der S-Bahn ist man schnell in Ludwigsburg oder Stuttgart und einkaufen kann man hier auch.

F: Wie sieht es mit der Freizeitgestaltung hier in Tamm aus?

A: Man kann sich bei gutem Wetter ganz gut mit Freunden treffen, auf dem Rathausplatz oder auf abends auf Spielplätzen, wo nicht allzu nah Wohnhäuser stehen. Auch wenn man das [abends auf Spielplätzen aufhalten] eigentlich nicht darf. Und auf dem Rathausplatz gibt es halt auch andere Gruppen, da bleiben wir dann meistens nicht.



F: Und bei schlechtem Wetter?

A: Da gibt's halt nichts.

F: Was könntest du dir denn vorstellen?

A: Einen Raum, den man benützen kann, ohne dass es festes Programm gibt, wo man vielleicht Musik hören oder mal einen Film schauen kann.

F: Und was ist mit dem Jugendhaus?

A: Naja, da sind halt meistens Jüngere. Und es hat nicht so lang auf. Aber eigentlich so wie da. Wenn das am Wochenende lang offen hätte, würden wir hingehen. Oder einfach ein Raum, den man benützen kann, wir würden hinterher ja auch sauber machen.



F: Gibt es sonst noch etwas, was du dir in Tamm wünschen würdest?

A: Mehr Bushaltestellen in Alt-Tamm. Auf der Hohenstange gibt es so viele, da muss man nie weit laufen. Hier unten haben wir nur den Bahnhof, manche haben es da echt weit. Und mit dem Fahrrad ist es blöd, weil Fahrräder am Bahnhof nicht sicher sind. Jedenfalls nicht auf dem Abstellplatz Richtung Hohenstange.

F: Warum denn nicht?

A: Weil da selten Leute vorbei kommen und man da nicht so gut sieht. Oben ist es besser.

Es könnte auch noch mehr Veranstaltungen geben, eine Party auf dem Rathausplatz zum Beispiel.

Wo man tanzen und was trinken kann, wie im Club, aber open air. ■

Binokel-Turnier



**Fr., 13. März 2020, 19 Uhr
Gartenklause Tamm**

Um Voranmeldung unter
Tel. 60 5583, E-Mail
gerhard@juettner.name
wird gebeten

Besser als ihr Ruf

Keine Frage: Beliebt ist die derzeitige Bundesregierung nicht – die Wahlergebnisse für Union und SPD bei den Wahlen in den letzten zwei Jahren legen darüber Zeugnis ab.

Bei aller Kritik gilt aber zugleich: Es ist nicht alles schlecht, was die große Koalition erreicht hat. Im Folgenden die wichtigsten Beschlüsse.

Familie

- Das Kindergeld wurde 2019 um 10 Euro pro Kind erhöht, 2021 um weitere 15 Euro. Zudem wurde für Familien mit geringem Einkommen der Kinderzuschlag erhöht und die Leistungen im Bildungs- und Teilhabepaket verbessert.
- Mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ gibt der Bund 5,5 Milliarden Euro an die Länder für bessere Kitas und günstigere Gebühren. Günstigere Gebühren lehnt allerdings die grün-schwarze Landesregierung im ‚Musterländle‘ ab, deshalb gibt’s niedrigere Gebühren für die Eltern hier nicht.
- Seit dem 01.01.2020 müssen Kinder pflegebedürftiger Eltern nur noch dann für deren Pflege aufkommen, wenn ihr Einkommen 100.000 Euro im Jahr übersteigt.

Steuern und Finanzen

- der Soli entfällt für 90% der Steuerzahler; zudem wurde die ‚kalte Progression‘ gemildert
- der Schuldenstand des Bundes konnte weiter verringert werden

Soziales

- die Arbeitgeber zahlen wieder die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge
- das Rentenniveau und die Beitragshöhe wurden bis 2025 festgeschrieben
- die Erwerbsminderungsrente wurde deutlich verbessert
- eine verbesserte Grundrente (ab 35 Beitragsjahren) wird eingeführt

Arbeit

- Für Auszubildende wurde eine Min-



destvergütung eingeführt

- Beschäftigte in der Pflege erhalten eine bessere Vergütung
- der Ausbeutung von Paketzustellern wurde ein Riegel vorgeschoben
- das Teilhabechancengesetz schafft neue Chancen für Langzeitarbeitslose
- die Brückenteilzeit ermöglicht die befristete Verkürzung der Arbeitszeit
- im Handwerk wird in 12 Berufen ab Oktober für neu gegründete Betriebe wieder die Meisterpflicht eingeführt

Bildung

- der ‚Digitalpakt‘ sorgt für eine bessere Ausstattung der Schulen
- mit dem ‚Hochschulpakt‘ erhalten die Länder in den kommenden zehn Jahren 160 Milliarden Euro für eine bessere Forschung und Lehre
- mehr BAföG für bessere Zukunftschancen von Schülern und Studenten; dazu wurde neu ein Aufstiegs-BAföG zur Förderung von Meister-, Techniker-, Betriebswirts- oder Erzieherausbildung eingeführt.

Umwelt

- Nach dem Atomausstieg wurde auch der Kohleausstieg bis 2038 beschlossen. Die betroffenen Regionen erhalten Unterstützung beim Strukturwandel.
- Das Klimaschutzgesetz bedeutet den Einstieg in eine ambitionierte Klimaschutzpolitik, um die im Pariser Klimaschutzabkommen vereinbarten Ziele zu erreichen.

Wir wollen mehr!

Fazit: Es gibt gute Gründe, für eine Mehrheit links der Union

Dass uns vieles nicht genügt, darf nicht verschwiegen werden. Etliches von den oben aufgeführten Verbesserungen wäre ohne SPD in der Regierung überhaupt nicht gekommen – das sollte man nicht vergessen. Gleichzeitig ist vieles mit der Union nicht möglich.

Wohlstand für Millionen anstatt für Millionäre

Die SPD setzt sich seit langem für eine Bürgerversicherung für alle Bürger bei Rente, Krankheit und Pflege ein. Auch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für Superreiche oder ein höherer Spitzensteuersatz für Großverdiener sind mit der Union nicht möglich. Ein höherer Mindestlohn ist mit der Union nicht möglich, auch sperrt sich diese gegen Beschränkungen bei befristeten Arbeitsbeträgen sowie mehr Rechte für Betriebsräte und mehr Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Außerdem wollen wir die Einführung einer Kindergrundsicherung, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen.

Mehr Umwelt- und Klimaschutz – sozial gerecht

Die Windenergie wird von der Union durch überzogene Abstandsregeln ausgebremst – dabei brauchen wir mehr Windkraft zum Gelingen der Energiewende. Auch eine höhere CO₂-Bepreisung bei direkter Vergütung der erzielten Einnahmen in Form einer Pro-Kopf-Klimaprämie ist mit der Union nicht möglich.

17. Tammer Frauenfrühstück

Gewalt gegen Frauen - Wegschauen ist keine Option

So., 08.03.2020, 10 Uhr, Jugendhaus Tamm (Alter Weg 32)

Wir bitten um Voranmeldung bis 05.03.2020 bei Karin Waldmann

Tel. (07141) 604162 - Kostenbeitrag: 7,50 Euro

Ist das digitale Rathaus ein Zukunftsmodell, das wir wirklich wollen?

Mit der Digitalisierung ist das so eine Sache: Die einen möchten am liebsten gar nicht mehr aus dem Haus gehen, um einzukaufen, Informationen zu sammeln, abzustimmen oder Behördengänge zu machen. Andere, darunter viele Ältere, tun sich oft schwer damit, einen Computer zu bedienen. Auch scheint es, dass mit zunehmender Bildung und Einkommen die Bereitschaft steigt, sich auf digitale Erneuerungen einzulassen.

Die Auswüchse der Digitalisierung in den oben beschriebenen Bereichen sind dabei auch in Tamm gegenwärtig. Während die örtliche Bücherei mit ihrem Online-Katalog sich großer Beliebtheit erfreut, leidet nicht nur der Einzelhandel unter der erdrückenden Konkurrenz der Online-Händler von Amazon und anderen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das Onlineangebot „Elster“ für ihre Steuererklärung entdeckt. Dagegen wird es wohl noch einige Jahre dauern, bis man sich den Gang ins Wahllokal sparen kann, um seine Stimme für den Bundes-, Landtag oder Gemeinderat abzugeben.

Wie sieht es aber mit dem Weg ins Rathaus aus? Was kann ich denn jetzt schon machen, wenn ich einen Ausweis beantra-

gen will, die Hundesteuer abmelden oder das Wasser ablesen möchte? Die Homepage gibt Auskunft über verschiedene Formulare, die man sich herunterladen kann. Das Land Baden-Württemberg hat mit Itesos eine Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet, um die Entwicklung der Digitalisierung der kommunalen Verwaltung weiter voranzutreiben, und die Gemeinden zu entlasten. Damit ist der Weg in die digitale Zukunft vorgezeichnet. Natürlich

möchten die meisten auf diese Segnungen der Technik nicht mehr verzichten.

Aber es gibt da ein paar Fragen, die eine Gesellschaft sich stellen muss, während

sie diesen Weg beschreitet. Der gläserne Bürger ist ein Thema, dem sich die Presse schon ausführlich gewidmet hat. Globale Konzerne sammeln Unmengen Daten über Algorithmen, die sie dann für ihre Zwecke zu nutzen wissen. Arbeitsplätze werden nicht mehr benötigt oder durch andere ersetzt. Der Strukturwandel der hiesigen Autoindustrie ist längst im Gange. Ob die digitale Revolution mehr soziale Gerechtigkeit bringt, ist noch längst nicht entschieden.

